

Massenhafte Tierversuche

Gegen die Proteste von Anliegern und Tierschützern hat der hannoversche Rat die Tierversuchsanlage von Boehringer-Ingelheim in Kirchrode genehmigt. Wir berichten, warum DIE LINKE nicht zugestimmt hat.

⋮ Seite 2

Kein Platz für Jugendliche

Skateverbot am Rathenauplatz, ein überdimensioniertes neues Kröpcke-Center. „Gleichförmig, ruhig und sauber“ - wir formulieren die Kritik der LINKEN am rot-grünen Stadtbild von Hannover.

⋮ Seite 8

Die Folgen der Krise

Die Folgen der Wirtschaftskrise schlagen jetzt auch auf die kommunalen Finanzen durch. Bürger und Beschäftigte sollen die Zeche für das Platzen der Finanzblase zahlen. DIE LINKE hält dagegen.

⋮ Seiten 3 und 7

Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

DIE LINKE.

Fraaktionen in der Region Hannover

AUSGABE #02|2009

Liebe Leserin, lieber Leser,



die Krise ist längst in Hannover angekommen und wird sich vermutlich noch verschärfen. Die neue Bundesregierung hat gleich

zu Beginn deutlich gemacht, dass die Kommunen keinesfalls mit Entlastungen und steuerlichen Mehreinnahmen rechnen können. Ganz im Gegenteil, auf die Kommunen kommen verschärfte Bedingungen zu. Die siebte Haushaltskonsolidierung soll im Dezember vom Rat verabschiedet werden, und Sie können sich sicher sein, das bedeutet nichts Gutes für die Bürgerinnen und Bürger. Auch die Haushaltsplanberatungen von Rot-Grün bieten da bisher nur Kosmetik, insgesamt können Oberbürgermeister und Kämmerei mit der Zustimmung dieser beiden Fraktionen rechnen. FDP und CDU unterstützen letztendlich den Kurs von Rot-Grün. Ginge es nach ihnen, stünde uns ein noch schlimmeres Streichkonzert bevor.

Wir bleiben bei unseren Forderungen: Für einen Sozialpass, der diesen Namen auch verdient, für ein kostenfreies Mittagessen in den Kindertagesstätten, für ein Verbot von Stromabschaltungen durch enercity. Die Einsparungen, die jetzt vorgenommen werden, belasten die Ärmsten der Armen: Gebührenerhöhungen, Anhebung von Eintrittspreisen, die Liste ist lang. Die Stadtentwässerung soll in eine neue Rechtsform überführt werden, Widerstand von gewerkschaftlicher Seite wird beiseite geschoben. Teilprivatisierungen werden so Tür und Tor geöffnet. Die LINKE wird diesen Haushaltsplan ablehnen, da er sozial unausgewogen ist. Wer auf der anderen Seite der Deutschen Messe AG 125 Millionen Euro zugesteht und dafür selber einen Kredit aufnehmen muss, wer die Personalräte zunehmend aus der Meinungsbildung herauszudrängen versucht, der stößt auf den Widerstand der LINKEN.



Michael Hans Höntsch
Fraktionsvorsitzender im Rat

TAUSEND TOTE SCHWEINE IN DER STADT

Die Würfel sind gefallen: In Hannover-Kirchrode wird der Pharma-Konzern Boehringer-Ingelheim eine gigantische Versuchsanlage zur Erforschung von Tierkrankheiten errichten und betreiben. Bis zu tausend Schweine und mehrere hundert Rinder sollen dort mit Krankheiten infiziert und anschließend getötet werden.

■ Gegen die Stimmen der LINKEN hat die Ratsversammlung im September den Weg für den Bau der umstrittenen Tierversuchsanlage in Kirchrode freigemacht. Trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung stimmten auch die Grünen zu, obwohl massenhafte Tierversuche eigentlich ihrer Programmatik widersprechen. Aus Gründen des Machterhalts springen die Grünen in Hannover zurzeit über jedes Stöckchen, das ihnen der Koalitionspartner SPD hindält. Aber auch die CDU und die FDP werden ihrer Oppositionsrolle im Rat nicht wirklich gerecht. So haben sie ihre wohlhabende Klientel im bürgerlichen Stadtteil Kirchrode im Regen stehen lassen – wirtschaftliche Interessen sind ihnen anscheinend wichtiger als das Wohl der Menschen.

„Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine Kadaverfabrik vor ihrer Haustür haben“, fasst der linke Ratsherr Oliver Förste die Stimmung vor Ort zusammen. Sie haben Angst vor einem biologischen Störfall und

scheuen vor dem Gedanken zurück, dass die Versuchstiere nicht nur wissentlich mit schmerzhaften Krankheiten infiziert werden, sondern nach Abschluss der Versuche getötet und in einer Lauge aufgelöst werden. „Ich kann verstehen, dass die Anlieger in Kirchrode kein Vertrauen zu den Versicherungen von Boehringer haben, von der Anlage würde keine Gefahr für die Menschen ausgehen“, betont Oliver Förste. „Schließlich laufen gut 25 Jahre nach dem Dioxinskandal in Hamburg immer noch Prozesse weil Boehringer sich weiterhin weigert, infolge des Chemieunfalls schwer erkrankte Menschen vernünftig zu entschädigen.“

DIE LINKE hält es für eine absurde Idee, mitten in der Stadt tausende Nutztiere zu halten. In Tübingen ist ein entsprechendes Vorhaben deshalb am Bürgerprotest gescheitert. Außerdem dienen diese Art von Versuchen in erster Linie der Perfektionierung der tierquälerischen Massentierhaltung. „Es ist wissenschaftlich eindeutig erwiesen, dass die Infektionsrate proportional mit der Größe der Ställe steigt“, stellt Oliver Förste fest. „Je mehr Schweine auf engem Raum gehalten werden, umso leichter werden sie krank. Bei diesen Tierversuchen geht es letztlich darum, noch mehr Tiere auf engem Raum zusammenzupferchen.“



© Herbert Käfer / PIXELIO

Durch artgerechte Haltung würde der Nutzen der zu erforschenden Impfstoffe und der Gewinn geschmälert werden - einmal abgesehen vom Wohl des Tieres

ASBESTHALDE IN WUNSTORF-LUTHE - REGION GESCHEITERT

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) im Februar 2009 einen Billig-Transport des Asbestzement-schlamms von der Fulgurit-Halde in Wunstorf zur Regionsdeponie Lahe verhinderte, brach das fünf Millionen Euro schwere Konzept der Region wie ein Kartenhaus zusammen. Trotz eines 50-Prozent-Anteils der Europäischen Union (EFRE-Gelder) ist eine den Auflagen des OVG folgende Umlagerung mit sogenannten „big bags“ (feste Plastiktüten) finanziell für die Region nicht mehr schulterbar.

■ Wer geglaubt hatte, die Regionsverwaltung würde infolge ihres OVG-Desasters nun einem von der Linksfraktion in der Region in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten folgen und die Verantwortlichen der Firma Fulgurit und ihre finanzschweren Hintergesellschaften zu einer Sicherung vor Ort heranziehen, muss sich getäuscht fühlen. Seit Februar verhandeln die Regionsverwaltung, der CDU-Bürgermeister von Wunstorf, Rolf-

Axel Eberhardt, und die Eichriede GmbH (in der sich die Fulgurit-Gesellschafter, sowie die Spedition Neukirch zusammengefounden haben) über eine finanzierbare Teilräumung der Halde. Diese Fläche reicht der Firma Neukirch offensichtlich aus, um auf einem Teil des Haldengeländes einen Parkplatz bauen zu können.

Ziel von Regionsverwaltung und Eichriede ist es dabei, die EFRE-Mittel von rund 2,5 Millionen Euro zu retten. Allerdings muss dafür ein neuer Förderantrag einschließlich Sicherheitskonzept erarbeitet werden. „Großzügigerweise“ will sich die Eichriede GmbH nach Auskunft der Regionsverwaltung mit rund 115.000 Euro an dem neuen Projekt



Ohne Moos nichts los - die Asbesthalde Wunstorf-Luthe

beteiligen, das mit den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, dem Abtransport und den Gebühren auf einer noch unbekanntenen Deponie etliche Millionen kosten wird.

Die Regionsverwaltung will Ende November ihre diesbezüglichen

Planungen vorstellen. Viel Zeit hat sie nicht mehr, denn der neue EFRE-Antrag müsste bis spätestens März 2010 neu beschlossen werden. DIE LINKE in der Regionsversammlung wird weiterhin darauf drängen, dass Fulgurit und ihre Hintermänner die Kosten für eine ordnungsgemäße Sicherung der Halde vor Ort tragen, und dass zum Schutz der Bevölkerung vor möglichen Verstaubungen die Halde abgedeckt wird.

2010: WER ZAHLT DIE KRISE?

In zwei Aktuellen Stunden hat die Linksfraktion in der Regionsversammlung die Auswirkungen der Krise für die Menschen in der Region Hannover zur Sprache gebracht. Denn bei Vielen sind Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Vermögensverluste eingetreten.

■ Die Arbeiter und Angestellten bei Conti oder Karstadt sowie die Leih- und Zeitarbeiter zahlen schon jetzt den Preis für eine Spekulationspolitik, die sie nicht zu verantworten haben. Wir haben die Frage nach den Auswirkungen der Finanzkrise auf die kommunalen Haushalte gestellt. Die Antwort ist verheerend: Allein im Haushalt der Region Hannover fehlen im kommenden Jahr zwischen 150 und 200 Millionen Euro. Hinter diesen Zahlen verbergen sich ganz konkrete Probleme, denn eine starke kommunale Gesellschaftspolitik, die Bildung, Kultur und soziales Leben vor Ort fördern will, braucht auch die Finanzen dazu. Und schon jetzt reichen die Mittel dafür nicht aus.

Angriff auf die Kommunal финанzen

Nach der Bundestagswahl haben sich die Befürchtungen der LINKEN bestätigt: Die Kommunen haben von der neuen Bundesregierung nichts Gutes zu erwarten. Mit der noch von der großen Koalition auf den Weg gebrachten Reduzierung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für Arbeitslose beginnt ein erneuter Angriff auf die Kommunal финанzen. Im Koalitionsvertrag von Union und FDP finden sich Steuersenkungsvorschläge ohne Ausgleich für die kommunalen Haushalte. Sogar die Gewerbesteuer, die Haupteinnahmequelle der Kommunen, wird in Frage gestellt. Zwei weitere Maßnahmen haben das Potenzial, sich verheerend auszuwirken. Zum einen wird durch die umsatzsteuerliche Gleichstellung von kommunalen und privaten Dienstleistern der Privatisierungsdruck erhöht. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich die Preise zum Beispiel für die Müllabfuhr um bis zu 20 Prozent erhöhen. Zum zweiten sollen die Jobcenter

zerschlagen werden. Dies ist für die Hartz IV-Empfänger und die MitarbeiterInnen der Jobcenter eine unerträgliche Situation.

Es bleibt dabei: Geld wäre genug da, wenn endlich Vermögens- oder Börsenumsatzsteuern eingeführt würden. Stattdessen wird in den kommenden Jahren ein Sparpaket nach dem anderen durch die Kommunen gejagt. Wir werden jedoch den Widerspruch aufzeigen, wenn auf der einen Seite kein Geld für ein soziales Monatsticket vorhanden ist, auf der anderen Seite aber Banken ohne Gegenleistung mit Milliardenbeträgen gerettet werden. Starke Kommunen sind für DIE LINKE die Voraussetzungen für einen handlungsfähigen sozialen Rechtsstaat. Das Projekt der Neoliberalen auch in Deutschland hat ein amerikanischer Neokonservativer auf den Punkt gebracht: „Wir wollen den Staat auf eine Größe schrumpfen, mit der wir ihn in der Badewanne ertränken können.“ Die Bundesrepublik muss sich in der nahen Zukunft entscheiden, welchen Weg sie gehen will.

STADTBahn ALS BELEBENDES ELEMENT D-Linie oberirdisch führen

Um die Verkehrssituation in der hannoverschen City zu verbessern, gibt es Bestrebungen, die D-Linie mit einem Tunnel unter der Innenstadt hindurchzuführen. Die LINKE bevorzugt stattdessen eine oberirdische Führung.

■ Die Tunnelbefürworter haben im Grunde nur zwei Argumente auf ihrer Seite. Erstens die Fahrzeitverkürzung. Dem lässt sich entgegenhalten, dass zwar die reine Fahrzeit kürzer wird, nicht jedoch die Reisezeit, da es in der Innenstadt nur noch zwei Stationen, am Steintor und am Hauptbahnhof, geben würde. Diese liegen unter den vorhandenen Stationen, also werden die Zuwege deutlich länger. Außerdem wird die zentrale Station Kröpcke nicht direkt angefahren. Das zweite Argument kann nur gelten, wenn die Stadtbahn als Fremdkörper einer urbanen Stadt

wahrgenommen wird. Die Entwicklung in vielen Städten weltweit geht aber gerade dahin, oberirdische Stadtbahnen als belebend und urban wahrzunehmen. Und wer sich einmal den Verkehr auf der Kurt-Schumacher-Straße anschaut, wird feststellen, dass dort nicht die Stadtbahn, sondern der sich stauende motorisierte Verkehr das Problem ist.

Aber auch finanziell macht ein Tunnel keinen Sinn: Ein kurzer Stummel vom Clevertor bis zum Hauptbahnhof würde rund 120 Millionen Euro kosten. Als Alternative dazu hat die Region eine oberirdische Streckenführung untersucht, diese würde rund 46 Millionen Euro kosten. Die Linie 10 würde dann vor dem Ernst-August-Platz in den Posttunnel abbiegen und am Raschplatz enden. Der Ast Richtung Thielenplatz/Aegi würde stillgelegt. Aber auch hier stehen die Kosten in kei-

nem Verhältnis zum Nutzen. Es ergäbe sich zwar eine verbesserte Umsteigesituation am Raschplatz, aber die Direktverbindung zum Aegi fiel dadurch weg. Die LINKE favorisiert stattdessen eine Verlängerung der D-Linie in Richtung Marienstraße/Sallstraße. Dabei sollte überlegt werden, ob diese nicht auf dem Fahrweg der jetzigen Buslinie 121 (Joachimstr./Lavesstr.) erfolgen könnte. Der verkehrspolitische Sprecher der linken Regionsfraktion, Stefan Müller, warnt vor dem Hintergrund vieler offener Fragen bezüglich Fahrzeugtechnik, Wirtschaftlichkeit und wirklicher Bürgerbeteiligung vor Schnellschüssen, welche die städtebaulichen Fehler der Vergangenheit für die Zukunft manifestieren.

GEBÜHRENERHÖHUNGEN UND PRIVATISIERUNG Bundesregierung bedroht kommunale Daseinsvorsorge

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP auf Bundesebene macht deutlich, was wir zukünftig von den Marktliberalen auch auf kommunaler Ebene zu erwarten haben. Sei es die Zerschlagung der Jobcenter, die massive Einschränkung kommunaler Einnahmemöglichkeiten oder die geplante Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge.

■ Was bedeutet das für die kommunale Abfallwirtschaft? Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Wir streben Wettbewerbsgleichheit kommunaler und privater Anbieter insbesondere bei der Umsatzsteuer an, um Arbeitsplätze zu sichern und Investitionen zu ermöglichen. Aufgaben der Daseinsvorsorge sollen nicht über die bestehenden Regelungen hinaus steuerlich belastet werden.“ Und: „Mit Blick auf die Abfallwirtschaft befürworten wir die grundsätzliche steuerliche Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unternehmen.“

Für Hannover kann das bedeuten, dass die bisherige Umsatzsteuerbefreiung von aha gestrichen wird – mit der Folge, dass Mehrkosten von mindestens 10 Millionen Euro auf den kommunalen Müllentsorger zukommen.

Dies würde zwangsläufig zu Gebührenerhöhungen führen. Wenn die BürgerInnen dann protestieren, kommen die neoliberalen Galshüter und sagen, „lasst uns doch die Abfallwirtschaft privatisieren, das kommt billiger.“ Dabei verschweigen sie, dass die Privaten nur deshalb günstiger anbieten können, weil sie ihren Beschäftigten Billiglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse bieten. Auch die nächste Gebührenerhöhung des dann privatisierten Betriebes wird nicht lange auf sich warten lassen. Aus diesen Gründen haben in den letzten Jahren gerade in NRW etliche Kommunen ihre vor Jahren privatisierte Abfallentsorgung wieder kommunalisiert.

Oder aber den privaten Firmen, die im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge wildern, wird die Umsatzsteuer gestrichen. Konsequenz: Sie können wegen Billiglöhnepraxis günstiger anbieten als der kommunale Betrieb, und es folgt die Privatisierung. Nicht zu vergessen, dass aufgrund der Steuerbefreiung für die Privaten weitere Einnahmeverluste bei den Kommunen entstehen würden. Die schwarz-gelben Marktstrategen können mit beiden Auslegungen des Koalitionsvertrages gut leben, und die massiven Parteispenden der Energie- und Müllmultis

werfen eine sehr gute Rendite ab. Für DIE LINKE kommt es dagegen nicht darauf an, ob es sich für die Privaten lohnt. Für uns bedeutet kommunale Daseinsvorsorge vielmehr, die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse im sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Bereich mit bezahlbareren Gebühren zu gewährleisten. Wir haben in der Regionsversammlung den Koalitionsvertrag entsprechend thematisiert und dort Unterstützung bei Rot-Grün und insbesondere bei der unmittelbar betroffenen Regionsverwaltung gefunden. Auch die CDU ruderte zurück und verwies darauf, dass einige Dinge von der CDU-Kommunalpolitik anders gesehen werden als von ihrer Bundespartei. Selbst die FDP versuchte, die Koalitionsvereinbarung als reine Absichtserklärung dazustellen, dessen gesetzliche Umsetzung noch lange nicht klar sei. Trotz dieser hoffnungsvollen Signale aus der Regionsversammlung müssen wir uns im kommenden Jahr auf eine Privatisierungs- und Gebührenerhöhungswelle einstellen. Gemeinsam mit den Beschäftigten der kommunalen Betriebe und ihrer Gewerkschaft werden wir versuchen, die Region Hannover vor den Auswirkungen des schwarz-gelben Koalitionsvertrages weitestgehend zu bewahren.

NIEDERFLURBAHNEN STATT HOCHBAHNSTEIGE Anlieger der Limmerstraße wehren sich

Auf einer Anhörung im Bezirksrat Linden-Limmer hat der linke Regionsabgeordnete Stefan Müller den alten Vorschlag aufgegriffen, statt des Baus weiterer Hochbahnsteige den Einsatz von Niederflurbahnen auf der Linie 10 zu prüfen. Seither gibt es rege Aktivitäten für die Niederflurvariante.

■ Durch die Ankündigung der Region Hannover, am Küchengarten und an der Leinaustraße Hochbahnsteige errichten zu wollen, sind vielen Anwohnern und Einzelhändlern die Auswirkungen deutlich bewusst geworden. Gegen diese Pläne regt sich in Linden mittlerweile starker Widerstand. Neben der LINKEN, den Grünen und neuerdings der CDU sind vor allem die Anlieger mit Unterschriftenlisten gegen die Hochbahnsteige und für Niederflurbahnen aktiv. Dieser Druck hat dazu geführt, dass nun auch die SPD die Einführung von Niederflurfahrzeugen zumindest prüfen will. Ein entsprechender Antrag

wurde im Bezirksrat mit großer Mehrheit beschlossen.

Drei rund 100 Meter lange Hochbahnsteige auf der Limmerstraße würden den Raum für den Fuß- und Radverkehr erheblich beeinträchtigen, Auslagen und Außengastronomie unmöglich machen und die Aufenthaltsqualität, auch durch Abholzung der Bäume, deutlich verringern. Zudem würde die Straße in den Haltestellenbereichen zerschnitten. Andererseits fordern Behindertenverbände berechtigterweise endlich mehr Barrierefreiheit. Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte die Anschaffung von Niederflurstadtbahnen sein, das würde nur relativ geringe Eingriffe in den Straßenraum zur Folge haben. Allerdings hätte es Auswirkungen auf andere Stadtbezirke, in Ahlem und Limmer müssten beispielsweise drei Hochbahnsteige zurückgebaut werden. Deshalb kann eine Entscheidung nicht allein in Linden gefällt werden.

Von den 15 Haltestellen auf der Linie 10 müssten 11 mit Hochbahnsteigen nachgerüstet werden, das würde insgesamt rund 33 Millionen Euro kosten. Ein Rückbau der vorhandenen Hochbahnsteige wäre deutlich günstiger, allerdings müsste ein neuer Fahrzeugtyp angeschafft werden. Da jedoch in den kommenden Jahren sowieso neue Fahrzeuge angeschafft werden sollen, könne dies auch in Form von Niederflurfahrzeugen erfolgen. Gleichwohl sind die Vorbehalte und Ängste gegenüber der Niederflurtechnik bei den Verkehrsunternehmen und Planern sehr groß. Neben Befürchtungen bezüglich Kosten und Technik gibt es auch ideologisch motivierte Gründe. Diese bestehen darin, das in den 60er Jahren entwickelte Verkehrskonzept unbedingt und unbeschadet neuerer Entwicklungen umzusetzen – koste es was es wolle.

LINKE POLITIKER UNTERSTÜTZEN HAINHÖLZER FUSSBALLVEREIN

Die hannoversche Landtagsabgeordnete der LINKEN, Christa Reichwaldt, hat der 1. Ü40-Fußballmannschaft des VfV Hainholz zum Saisonbeginn neue Sporttrikots gespendet.

■ Diese Aktion kam auf Initiative von Thomas Grote, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bezirksrat Nord zustande, der damit auch auf die wichtige Arbeit des Vereins im Stadtbezirk aufmerksam machen wollte. Bei der Übergabe der Trikots vor dem



V.l.n.r. Thomas Grote, Michael Höntsch, Christa Reichwaldt und Oliver Förste

Heimspiel der Mannschaft gegen die Mannschaft des Post SV betonte Christa Reichwaldt den Stellenwert des Vereinsports für eine solidarische Gesellschaft. Mit rund 27 Millionen Menschen, die in über 90.000 Vereinen organisiert sind, ist der Vereinssport ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Lebens. „Sport fördert auch die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und kann somit Gewaltbereitschaft, Rassismus

und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken“ betont Thomas Grote. Der bei der Übergabe ebenfalls anwesende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat, Michael Höntsch, fügte hinzu: „Für diese Aufgaben muss der Vereins-

sport allerdings auch angemessen gefördert werden. Deshalb setze ich mich im Rat für einen Region-Hannover-Pass ein, damit auch einkommensschwache Menschen nicht auf Mitgliedschaften in Vereinen verzichten müssen.“

Für den VfV Hainholz bedankte sich der 1. Vorsitzende Heinrich Niehoff für die Trikotspende und sagte: „Ich freue mich, dass das so an dieser Stelle eingesparte Vereinsgeld anderen wichtigen Aufgaben, insbesondere der Jugendförderung zugute kommen kann.“ Die neuen Trikots verfehlten im Übrigen ihre Wirkung offenbar nicht: Das Spiel endete mit einem 5:0 Sieg der Hainhölzer.

■ Buchholz-Kleefeld: Schulhöfe als Spielplätze genutzt

Im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld können Kinder und Jugendliche in Zukunft auch die nicht genutzten Schulhöfe als Spielplätze nutzen. Neben dem langjährigen erfolgreichen Modell an der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Schule sollen auch die übrigen Schulhöfe einer außerschulischen Nutzung in den Stadtteilen zugänglich gemacht und entsprechend gekennzeichnet werden. Das ist das Ergebnis eines erfolgreichen Antrags des linken Bezirksratsherren Karsten Plotzki. In vielen deutschen Städten sind in den vergangenen Jahren die Schulhöfe als öffentliche Spielflächen freigegeben worden, um die oft zu geringe Zahl an Spielplätzen zu kompensieren und zusätzliche Spielfläche anbieten zu können. Auch im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld wird beispielsweise die zu geringe Zahl von Bolzplätzen beklagt. Eine entsprechende Nutzung der Schulhöfe würde so auch die Kosten für die Errichtung weiterer Bolzplätze sparen. Um Konflikte zwischen lernenden Schülerinnen und Schülern und spielenden Kindern zu vermeiden, sollen die Schulhöfe erst nach Schulschluss und am Wochenende als Spielfläche freigegeben werden. Im Eingangsbereich der Schulhöfe sollen deshalb Schilder mit der Angabe von Nutzungszeiten angebracht werden. Die Verwaltung muss allerdings zuerst noch darstellen, ob und wie sie die Maßnahme umsetzen wird.

SOZIALES ENGAGEMENT IM STADTBEZIRK RICKLINGEN

Ein waschechter Ricklinger ist der linke Bezirksratsherr Sven Steuer, im Nachbarstadtteil Linden-Süd geboren, in Ricklingen aufgewachsen – und jetzt auch noch politisch engagiert.

■ Der gelernte Kunst- und Möbeltischler ist zurzeit als Mitarbeiter der Stadtmission in der Obdachlosenarbeit tätig, sein soziales Engagement hat den 41-Jährigen auch in die Politik getrieben. Zu seinen Themen zählen deshalb die Ar-



Sven Steuer, linker Bezirksratsherr

beitslosigkeit und die immer weiter wachsende Armut, die Einsparungen vor allem im sozialen Bereich sowie die Sanierung von Straßen und öffentlichen Gebäuden. „Ich bin zur LINKEN gegangen, weil ich etwas gegen die soziale Ungerechtigkeit in unserem Land tun will“, bekennt der linke Kommunalpolitiker. Täglich ist er

auf den Straßen von Ricklingen, Mühlenberg, Wettbergen und Bornum unterwegs, in zahlreichen Vereinen und anderen Institutionen in den Stadtteilen des Bezirks ist er ein bekanntes Gesicht und wichtiger Ansprechpartner. Er hat ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen, die ihn ansprechen und vertritt ihre Interessen im Bezirksrat Ricklingen. Beispielsweise setzt er sich für die Ansiedlung eines Lebensmittelgeschäfts in Bornum ein, das dort bislang noch fehlt, oder für die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern am August-Holweg-Platz. Sein Antrag zur Entschärfung der Verkehrssituation an der dortigen Parkplatzausfahrt wurde vom Bezirksrat einstimmig angenommen.

MIT DEM BURGDORF PASS GEGEN SOZIALE AUSGRENZUNG

Damit Burgdorfer Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, hat DAS LINKSBÜNDNIS im Rat beantragt, den Burgdorf Pass einzuführen. Dieser soll analog zum Köln Pass viele soziale Leistungen umfassen (siehe Kasten). Nicht enthalten ist das Sozialticket für Busse und Bahnen, für das die Region zuständig ist.

■ „Der Sozialpass wird die Armut nicht beseitigen können“, sagt Michael Fleischmann,

Ratsherr des LINKSBÜNDNISSES. „Trotzdem kann der Burgdorf Pass ein wenig dazu beitragen, armen Burgdorferinnen und Burgdorfern ein Leben ohne soziale Ausgrenzung zu ermöglichen.“ Sein Antrag geht auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurück, der sich am Hannover-Aktiv-Pass orientiert. Danach sollen Arbeitslose und Geringverdiener ermäßigte Mitgliedsbeiträge in Vereinen und ermäßigte Beiträge bei Kursen der Volkshochschule und anderen Bildungseinrichtungen so-

wie in der Stadtbibliothek erhalten. Sozialtarife bei Strom und Gas fehlen aber ebenso, wie eine kostenlose Kindertagesbetreuung und kostenloses Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen.

„Der ‚Aktivpass‘ der SPD reicht deshalb über-



Auch im Burgdorfer Kino sollen Kinder aus armen Familien ermäßigten Eintritt bekommen

haupt nicht aus“, kommentiert Michael Fleischmann. „Was nützen ermäßigte Mitgliedsbeiträge in Vereinen, wenn Arbeitslose die hohen Energiepreise der Stadtwerke nicht mehr bezahlen können und deshalb mit Stromsperrern zu kämpfen haben? Und die 20 Euro, die Arbeitslose bisher jeden Monat für das Essen ihres Kindes in den Kindertagesstätten berappen müssen, sind eine Sausei.“ Im SPD-Antrag fehlen außerdem ein ermäßigter Eintritt im Burgdorfer Kino und ermäßigte Karten für kulturelle Events.

Leistungen des Burgdorf Passes:

- Sozialtarife der Stadtwerke bei Strom und Gas
- Ein ausreichender Betrag zum Erwerb von Schulmaterialien auch nach der 10. Klasse
- Kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen
- Kostenlose Kindertagesbetreuung
- Ermäßigter Eintritt in kommunalen Schwimmbädern
- Kostenlose Nutzung der Stadtbücherei
- Ein festgelegtes Kontingent an ermäßigten Karten für Theater und andere kulturelle Events und Veranstaltungen in Burgdorf
- Ermäßigter Kinobesuch für Kinder
- Ermäßigte Mitgliedsbeiträge in (Sport-)Vereinen. Für Kinder und Jugendliche ist eine Befreiung von den Mitgliedsbeiträgen anzustreben
- Ermäßigung bei Kursen der Volkshochschule und anderen Bildungseinrichtungen wie der Musikhochschule

STADT SPART AUF KOSTEN DER BÜRGER UND BESCHÄFTIGTEN

Die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise wirken sich auch auf die Einnahmen der Landeshauptstadt Hannover aus. Vor allem dramatische Einbrüche bei der Gewerbesteuer lassen bei den Verantwortlichen die Alarmglocken klingeln. Nach den Vorstellungen von Rot-Grün sollen die Beschäftigten der Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger die Rechnung für die Krise bezahlen.

■ Gemeinsam mit dem Haushalt 2010 soll der Rat nach den Vorstellungen von Oberbürgermeister Stephan Weil und Kämmerer Marc Hansmann (beide SPD) im Dezember ein Sparprogramm in Höhe von insgesamt 54 Millionen Euro im Jahr verabschieden. Die Linksfraktion im Rat lehnt das sogenannte Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK VII) jedoch als unsozial und unausgewogen ab, unter anderem weil es zahlreiche Erhöhungen von Eintrittspreisen und Gebühren vorsieht. Im Einzelnen sind das beispielsweise höhere Eintrittspreise für die städtischen Bäder und die Herrenhäuser Gärten, eine Erhöhung der Parkgebühren, eine Verteuerung der Angebote in den Stadtteilkultureinrichtungen sowie Erhöhungen der Zweitwohnungs- und der Hundesteuer. Und die geplante höhere Gewinnabführung der Stadtwerke an die Stadt wird voraussichtlich zu Gebührenerhöhungen führen. „Alles das betrifft besonders die kleinen Leute, die jetzt schon jeden Cent umdrehen müssen“, betont der Fraktionsvorsitzende Michael Höntsch. „Das wird auf unseren erbitterten Widerstand stoßen, und das werden wir auch in der anstehenden Haushaltsdebatte im Dezember deutlich machen.“

Auch bei den von der Stadt aufgelegten Fachprogrammen soll im sozialen Bereich gekürzt werden. So soll es keinen weiteren Ausbau der Familienzentren sowie der flächendeckenden Sprachförderung geben, gespart werden soll außerdem bei den Jugendprojekten „Kulturelle Bildung“, „Gewaltprävention“ und „Beteiligung“. „Diese unsozialen Vorschläge halten wir für völlig kontraproduktiv, weil die dadurch entstehenden gesellschaftlichen Folgen die Allgemeinheit letztlich teurer zu stehen kommen“, kritisiert der linke Ratscherr Oliver Förste. „Deshalb sollte man die Finger davon lassen.“

Lohnsenkung durch die Hintertür

Obwohl die Beschäftigten der Stadt bereits in den vergangenen Jahren durch Lohnverzicht zu den Sparprogrammen der Stadt beigetragen haben, sollen sie jetzt noch weiter ausgequetscht werden. „Die geforderte Verlängerung der Wochenarbeitszeit um eine halbe Stunde ist tatsächlich eine Lohnkürzung durch die Hintertür“, stellt Michael Höntsch fest. „Mit der angedrohten Nichtübernahme der Auszubildenden soll zudem Druck im Vorfeld der Tarifverhandlungen ausgeübt werden, die im kommenden Jahr anstehen.“ Bisher wurden die städtischen Azubis nach ihrer Ausbildung mindestens für ein Jahr übernommen, um ihnen bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt zu verschaffen.

Problematisch ist auch die von der Verwaltung vorgeschlagene Rechtsformänderung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR). Mit einem finanziellen Buchungstrick sollen durch eine damit ermöglichte Neubewertung des Anlagevermögens insgesamt 32 Millionen Euro frei werden. Allerdings würden damit die angesparten Gebühren der Kunden zur Sanierung des städtischen Etats genutzt, eine rechtlich zumindest fragwürdige Angelegenheit. Aber auch die Beschäftigten der Stadtwerke hätten mit zahlreichen Nachtei-

len zu rechnen. Dazu gehört ein verstärkter wirtschaftlicher Druck, der Wegfall von städtischen Vergünstigungen, wie Fortbildungsmaßnahmen, oder ein beruflicher Wechsel in andere Teile der Stadtverwaltung. Auch die Frage der politischen Steuerung der Stadtentwässerung wäre noch zu klären und könnte zu einem Verlust an demokratischer Kontrolle führen.

Teure Messemillionen

Natürlich weiß auch DIE LINKE, dass Hannover in einer schwierigen finanziellen Lage steckt. Allerdings war es in diesem Jahr kein Problem, der Deutschen Messe AG Mal so eben einen Zuschuss in Höhe von 125 Millionen Euro zu gewähren. Das kostet die Stadt jedes Jahr mehr als acht Millionen Euro an Zins und Tilgung für den dafür aufgenommenen Kredit – mehr als alle Kürzungen im sozialen Bereich zusammengenommen! In erster Linie aber fordert DIE LINKE wieder eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Dazu gehört eine Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleiches, vor allem aber eine Rücknahme der Steuererleichterungen für große Unternehmen, die seit dem Jahr 2001 bundesweit zu großen finanziellen Ausfällen für die Kommunen führen.

ROT-GRÜNE NULLNUMMER BEI GAS- UND STROMSPERREN

Eine „glatte Nullnummer für die Betroffenen“ nennt der linke Ratscherr Oliver Förste das von der Verwaltung vorgelegte „Konzept zur Vermeidung sozialer Härten durch Strom- und Gassperren“.

■ Auf Druck der Linksfraktion, die Energiesperren durch die Stadtwerke untersagen lassen wollte, hat Rot-Grün Anfang des Jahres eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um das Konzept zu erarbeiten. Danach sollen die Informationen zum Mahnverfahren „kundenfreundlicher formuliert“ werden sowie ein mehrsprachiger Flyer über Handlungsmöglichkeiten informieren; außerdem sollen verstärkt Einzugsermächtigungen eingeholt

werden. Die Arbeitsgruppe schlägt zudem vor, dass die Laufzeit von Ratenzahlungen von einem auf zwei Jahre verlängert werden kann, wenn sich der Kunde an eine Schuldnerberatungsstelle wendet. „Diese Vorschläge helfen den Betroffenen überhaupt nichts“, betont Oliver Förste. Eine Einzugsermächtigung nütze beispielsweise gar nichts, wenn das Konto bereits bis an den Anschlag überzogen ist. „Das Konzept ist nur ein politisches Placebo für Menschen mit sozialem Gewissen. Notwendig wären stattdessen vernünftige Ratenzahlungsmodelle und eine Härtefallregelung für Familien, Kranke und alte Menschen.“

POMPÖSE BAUWERKE, ABER KEIN PLATZ FÜR SKATER UND KIOSK Rot-grünes Stadtbild ist gleichförmig, ruhig und sauber

Erst die Skater am Rathenauplatz, dann die Holländische Kakaostube, jetzt der Kiosk am Kröpcke: Hannover hübscht sich auf. ECE, Operndreieck, Platz der Weltausstellung und Kröpcke-Center sind die bisherigen Meilensteine in einer Stadtplanung, die viel Wert auf Hochglanz aber wenig Wert auf die Hannoveranerinnen und Hannoveraner legt. Mit immer neuen, teilweise millionenschweren Investitionen in die Innenstadt glauben SPD und Grüne den Gewerbetreibenden in Hannover etwas Gutes zu tun und die Attraktivität der Einkaufsmeilen zu steigern.

■ Mitte des Jahres erwischte es die Jugendlichen. Über viele Jahre hat sich der Rathenauplatz neben dem Opernhaus zum beliebten Treffpunkt verschiedener Jugendkulturen entwickelt. Von Gothics bis zu Skatern reichte das Spektrum, ohne dass es je zu nennenswerten Problemen oder Zwischenfällen gekommen wäre. Doch für diese Jugendlichen, denen man ja sonst gerne vorwirft, sie würden den Großteil ihrer Freizeit vor irgendwelchen

Bildschirmen verbringen, ist auf dem schmucken neuen Rathenauplatz mittlerweile kein Platz mehr. Seit einigen Monaten schmückt ein Verbotsschild den Platz, das eine Nutzung durch die Jugendlichen unterbinden soll.

Totalverbot für Jugendliche

Alkoholexzesse, Zerstörung durch Skateboards und BMX-Räder und eine nicht erwünschte Nutzung des Mahnmals waren die eilig konstruierten Vorwürfe zur Rechtfertigung des Verbotes. Wäre es dabei bloß um

einen Schutz des Mahnmals gegangen, hätte man auch einfachere und weniger drastische Maßnahmen ergreifen können. Poller hätten beispielsweise problemlos das Skaten und Radfahren auf dem Mahnmal unterbunden – ohne dass man gleich ein Totalverbot für den ganzen Platz verhängen müsste. Stattdessen hat man sich den üblichen kleinbürgerlichen Lösungsmöglichkeiten zugewandt, die vor allem an den Interessen der Jugendlichen völlig vorbeigehen. Millionen sind in den Umbau des Rathenauplatzes geflossen, um Hannovers Bankenviertel zum Vorzeigepplatz zu machen. Jugendliche, die hier durchaus sinnvoll ihre Freizeit verbringen, würden aus Sicht von Rot-Grün aber offenbar die schöne heile Welt trüben. Bleibt zu hoffen, dass beispielsweise die Skater ihrem Ruf als rollende Punks gerecht werden und sich ihr Recht auf

Nutzung des öffentlichen Raumes nicht einfach nehmen lassen.

Zwei-Klassen-Einkaufsmeile

Als mittelstandsfeindlich würde eine bekannte wirtschaftsnahe Partei wohl das bezeichnen, was sich derzeit vor allem im Umfeld des Kröpcke abspielt. Denn beileibe nicht alle Gewerbetreibenden in Hannover genießen die Unterstützung des

Oberbürgermeisters. Je pompöser, desto besser scheint hier das neue Motto von SPD und Grünen zu sein. Im Zuge des Umbaus des Kröpcke Centers bekamen das zwei Institutionen der hannöverschen Innenstadt hautnah zu spüren. Dabei sagt die Art und Weise, in der der Besitzer der Holländischen Kakaostube im Zuge seiner Einsprüche gegen die Planungen behandelt wurde, viel über die Einstellung der aktuellen Stadtregerung. Nach dem Motto „Pech gehabt“ wurden hier alle Bedenken eines Gewerbetreibenden vom Tisch gewischt, der seit Jahrzehnten zum Stadtbild gehört und im

Gegensatz zu einem international tätigen Investmentunternehmen, das derzeit dreistellige Millionenbeträge in den Bau eines völlig überdimensionierten Kröpcke Centers investiert, sicherlich auch seit Jahr und Tag Gewerbesteuern an die Landeshauptstadt abführt.

Zuletzt traf es nun den beliebten Kiosk am Kröpcke, der womöglich künftig völlig verschwinden wird. Die Stadt hat der Betreiberin im Zuge des Umbaus überraschend gekündigt – obwohl man im Vorfeld offenbar andere Versprechungen gemacht hatte. Neben dem schönen neuen Einkaufsriesen an Hannovers zentralstem Platz ist nach Auffassung der Stadt jedenfalls kein Platz mehr zum Zeitungsverkauf. An den Interessen der BürgerInnen, die bereits in großer Zahl für den Erhalt des Kiosks unterschrieben haben, geht diese Entscheidung völlig vorbei. Der rote Faden rot-grüner Politik ist eindeutig: Die Stadt soll möglichst gleichförmig, ruhig und sauber sein. Eine glänzende Vorzeigeneinstadt mit eleganten, hochpreisigen Geschäften in protzigen Kaufhäusern. Für HannoveranerInnen, die den öffentlichen Raum vielleicht einfach in ihrer Freizeit und nicht zum Einkaufen nutzen möchten, ist hier genauso wenig Platz wie für Vielfalt und kleine Läden, die nicht in das 08/15-Schema rot-grüner Stadtplanung passen.



Zumindest ist das Betreten der Plätze noch nicht verboten

Impressum

Herausgeberinnen:

Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Leinstr. 16, 30159 Hannover
 Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76
www.linksfraktion-hannover.de
 Email: heidrun.tannenberghannover-rat.de

Fraktion DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover
 Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63
 Email: kontakt@die-linke-regionsfraktion.de

Redaktion:

Oliver Förste
 V.i.S.d.P.: Michael Höntsch
 Satz: Markus Hintze